

KOMPAKT

**Hund stört:
Mann schießt
auf Nachbarin**

ddp **ROTENBURG.** Weil er sich durch Hundegebell gestört fühlte, hat ein 55-jähriger Mann in Rotenburg/Wümme mit einem Luftgewehr auf seine Nachbarin geschossen. Wie die Polizei gestern mitteilte, verfehlte der Mann die 68-jährige Frau nur knapp. Nach Polizeiangaben gab es schon mehrfach Streit zwischen den Nachbarn. Gegen den Mann wurde ein Strafverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet.

**Streit um
Taxigeld: Kunde
schlägt zu**

ddp **HILDESHEIM.** Nach einem Streit hat ein 49-jähriger Mann bei Hildesheim einen Taxifahrer verprügelt. Wie die Polizei gestern mitteilte, wurde der 61-jährige Fahrer dabei verletzt und musste im Krankenhaus behandelt werden. Fahrer und Fahrgast hatten sich offenbar über die Zahlungsmodalitäten gestritten. Der 49-jährige Fahrgast drückte mehrfach auf die Tastatur des Taximeters. Anschließend schlug der Alkoholisierende dem Taxifahrer dreimal mit der Faust ins Gesicht.

**Mit Tretroller
auf der Straße:
Junge verletzt**

ddp **WOLFENBÜTTEL.** Ein neunjähriger Junge ist bei einem Verkehrsunfall in Wolfenbüttel schwer verletzt worden. Der Junge war mit einem Tretroller zwischen zwei Autos auf die Fahrbahn gefahren, wie die Polizei gestern mitteilte. Eine 48-jährige Autofahrerin konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen. Der Junge wurde von dem Auto erfasst und auf den Gehweg geschleudert. Dabei erlitt er schwere Verletzungen am Kopf und im Brustbereich. Lebensgefahr besteht jedoch nicht.

**Zusammenstoß
mit Traktor:
Kradfahrer tot**

dpa **ESPELKAMP.** Ein Motorradfahrer ist in Espelkamp (Kreis Minden) beim Zusammenstoß mit einem Traktor getötet worden. Der 56 Jahre alte Fahrer des landwirtschaftlichen Gespanns hatte den Biker am Pfingstamstag beim Abbiegen auf eine Kreisstraße übersehen und ihm die Vorfahrt genommen. Der 20-Jährige prallte gegen den Anhänger und stürzte anschließend auf die Fahrbahn, wie die Polizei gestern mitteilte. Für den Motorradfahrer kam jede Hilfe zu spät.

**Nächtliche
Spritztour mit
Papas Auto**

dpa **OLDENBURG.** Mit dem Auto seiner Eltern ist ein 16-Jähriger aus Oldenburg mit einem 15 Jahre alten Freund zu einer nächtlichen Spritztour aufgebrochen. Nach Angaben der Polizei von gestern schloffen die Eltern, als die Jugendlichen den Autoschlüssel stibitzten. Die unsichere Fahrweise des 16-Jährigen blieb jedoch nicht unbemerkt: Ein Taxifahrer meldete der Polizei das Schlagenlinien fahrende Auto. Die Beamten hielten die Jugendlichen in Edevecht an.

Wie aus Wippingen Gorleben wurde

Atom Mülldeponie: Nach Aufruhr im Emsland kam Lüchow-Dannenberg ins Spiel



„Da liegt Gorleben“: Lächelnd markierte Ernst Albrecht im Februar 1977 auf einer Karte den Ort, der statt Wippingen Standort einer Atom Mülldeponie werden sollte.

Foto: dpa

Von Hans Brinkmann

WIPPINGEN. Warum Gorleben? Warum erkor Ex-Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) das Dorf im Wendland als Standort für eine Atom Mülldeponie? 33 Jahre danach ist diese Frage wieder brandaktuell. Um Aufklärung bemüht sich ein Untersuchungsausschuss des Bundestages; Niedersachsens Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) will noch in dieser Woche eine wissenschaftliche Studie zu diesem Thema präsentieren. Dabei zeichnet sich ab: Ein Schlüssel zur Beantwortung der Standort-Frage liegt im Emsland.

„Wenn man fragt, warum es Gorleben geworden ist, dann müsste man auch fragen: Warum ist es Wippingen nicht geworden?“, sagt Georg Kruse, einst Geschäftsführer des Landvolkverbandes im Altkreis Aschendorf-Hümmling. Der 61-Jährige kennt wie kaum ein anderer die Geschichte der Standortwahl für ein atomares Entsorgungszentrum. Und er weiß: Dass am Ende das Pendel für Gorleben ausschlug, hat nicht unwesentlich damit zu tun, dass der ursprünglich vorgesehene Standort im nördlichen Emsland „verbrannt und nicht mehr durchsetzbar war“.

Ein Blick in die Archive unterfüttert die Einschätzung des Ex-Funktionärs, der seinerzeit den Widerstand gegen das Atomprojekt im Emsland maßgeblich mit organisierte. „Hümmling bald

atomare Müllkippe der Bundesrepublik?“, hatte unsere Zeitung am 16. Januar 1976 getitelt und enthüllt, dass für ein nationales Entsorgungszentrum mit Wiederaufarbeitungsanlage und Atom Mülldeponie drei Gebiete in die engere Wahl gerückt waren: der Salzstock Wahn bei Wippingen sowie Unterlüß bei Celle und Lichtenmoor bei Nienburg.

Das „schwarze“ Emsland galt als klarer Favorit der damaligen SPD-geführten Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt. Dort waren auch schon – getarnt als Suche nach Erdöl und Kali – erste Bohrungen niedergebracht worden. Die Bevölkerung reagierte aufgeschreckt, und als dann auch noch die von der Veröffentlichung kalt erwischten Atommanager in einer Infoveranstaltung haarsträubende Szenarien zum Besten gaben – Siedlungsverbote, eingeschränkte Milchwirtschaft, Strahlungsbelastung im Umkreis über die gesetzlichen Grenzwerte –, stand im Nu eine starre Abwehrfront. Alle Versuche der Projektbetreiber, diese Angaben wieder einzufangen, schlugen fehl. Das Vertrauen war futsch.

Auf die Barrikaden gingen nicht nur verängstigte Landwirte, sondern auch die Christdemokraten, die im damals noch selbstständigen Kreis Aschendorf-Hümmling mit Mehrheiten um die 80 Prozent regierten. Kommunen und Landvolk bildeten eine Aktionsgemeinschaft; unter Regie des Wippinger CDU-Bürgermeisters Hermann

Gerdes folgte später eine hochaktive Bürgerinitiative. „Eine solch gewaltige Anlage würde das Emsland tief greifend verändern. Dieser Raum hat sein Sonderopfer für die militärische Sicherheit der Bundesrepublik und seinen Beitrag für notwendige atomare Anlagen bereits erbracht“, begründete der damalige Bundestagsabgeordnete und spätere Innenminister Rudolf Seiters (CDU) den Widerstand.

Gemeint war neben Munitionsdepots, Bombenabwurfplatz Nordhorn-Range, Tieffluggebieten und Kernkraftwerk Lingen vor allem das große Übungsschießgelände der Bundeswehr, dessen Areal das geplante Entsorgungszentrum tangierte.

Die Proteste gegen das Atomprojekt – von Demonstrationen bis zu einstimmigen Resolutionen in Räten und Kreistag – waren massiv. Sprengkraft erhielten sie aber erst recht durch die Kombination mit einem anderen Konfliktthema: der Kreisreform.

Frust durch Kreisreform

Die FDP in Niedersachsen pochte Mitte der 70er-Jahre unerbittlich auf eine Fusion von Landkreisen – und dem sollte auch Aschendorf-Hümmling zum Opfer fallen. Das verstärkte den Frust der „Kommunalos“ ins Extreme. Den Kreis opfern zu müssen und im Gegenzug „Atomklo“ der Nation zu werden – diese Perspektive sorgte für solchen Aufruhr, dass es die Union in einer ihrer Hochburgen zu zerreißen drohte.

Als Albrecht dann tatsächlich für eine Koalition mit der FDP eine Kreisreform akzeptierte, gab es kein Halten mehr. Den 2300 Mitglieder starken CDU-Verband im nördlichen Emsland erschütterte eine Austrittswelle, Ortsvorstände legten ihre Ämter nieder, ein früherer CDU-Kreisvorsitzender organisierte in kürzester Zeit über 10000 Protestunterschriften. Und der örtliche Landtagsabgeordnete Walter Remmers verweigerte die Zustimmung zum Koalitionsvertrag, weil ihm die Reform als „zu hoher Preis“ erschien.

Im November 1976 eskalierte die Lage weiter. Der mächtige Papenburger Bürgermeister Heinrich Hövelmann bekundete Bereitschaft zur Rebellion gegen Albrecht; notfalls werde er für eine Wählergemeinschaft oder eine andere Partei zum Landtag kandidieren. Den Ministerpräsidenten trieb der CDU-Mann dann Ende des Monats bei einem Besuch in der Kanalstadt fast zur Weißglut: Er forderte den zornentbrannten Regierungschef unter Hinweis auf Atomprojekt und Kreisreform auf, seinen Amtseid ernst zu nehmen und Schaden vom Land zu wenden.

CDU-Kreischef Hans-Wilhelm Blohm legte wenige Tage später nach. „Ich werde, solange ich Kreisvorsitzender der CDU bin, mit letzten Mitteln gegen die Atom Mülldeponie und notfalls auch gegen die Landesregierung kämpfen“, zitierte ihn die Ems-Zeitung am 6. Dezember 1976. Bald darauf trat er

mit dem kompletten Kreisvorstand zurück.

Auch Rudolf Seiters warnte. Falls die Landesregierung trotz allem das Emsland als Standort der Atom Mülldeponie festlegen sollte, „so wäre eine solche Entscheidung unzumutbar auch für mich“, formulierte der damalige stellvertretende CDU-Landesvorsitzende im Dezember 1976 eine kaum verhohlene Rücktrittsdrohung.

Alarmierende Ansage

Noch alarmierender für die Regenten in Hannover wirkte jedoch eine düstere Ansage von Walter Remmers. Am 1. Februar 1977 sinnierte der spätere Justizminister in der Ems-Zeitung: „Es könnte sich einmal die Frage aufdrängen, ob man den Ministerpräsidenten stürzt, um den Kreis Aschendorf-Hümmling zu erhalten. Wenn sich einmal eine derartige Alternative stellt, muss man [...] sehr wohl überlegen, für was man sich entscheidet.“

Der Abgeordnete, ohne den der CDU/FDP-Koalition wegen ihrer Ein-Stimmen-Mehrheit eine verheerende Schlappe bei der Abstimmung über die Kreisreform drohte, zeigte sich aber „notfalls bereit, Kompromisse zu akzeptieren“. Nur in einem Punkt nicht: Im Emsland dürfe es keine Atom Mülldeponie und Wiederaufarbeitungsanlage geben, beharrte Remmers.

Ein „Wink mit dem Zaunpfahl“? Jedenfalls verkündete der Regierungschef am 22. Februar 1977 seine Standort-

entscheidung – Gorleben statt Wippingen. Und Remmers stimmte später der Kreisreform zu.

Die Begründung dafür, dass das Emsland verschont blieb, fiel in der Landeshauptstadt eher spärlich aus. Albrecht verwies auf das Schießgelände der Bundeswehr-Erprobungsstelle; gerade dadurch wäre auch „der psychologische Einstieg in das Problem Atom Mülldeponie sehr unglücklich gewesen“.

Glücklich über die Entwicklung ist auf jeden Fall Georg Kruse. „Es war gut und richtig, das Ding zu verhindern – und legitim“, unterstreicht der 61-Jährige, der sich inzwischen ganz der Projektierung von Windparks widmet.

Eines jedenfalls lässt Kruse nicht gelten: dass man sich damals zulasten einer offenkundig untauglichen Standortalternative „vom Acker gemacht“ habe. „Die zuletzt in Betracht gezogenen Salzstöcke – auch Gorleben – galten damals unter den Hauptkriterien Größe, Erdbensicherheit und Wasserverhältnisse als gleichwertig.“

Immerhin akzeptierte seinerzeit auch Helmut Schmidt die Entscheidung von Albrecht. Und mehr noch: Dem Ministerpräsidenten sagte er nach dessen Angaben im Februar 1977 laut Medienberichten zu, „auf seine sozialdemokratischen Parteifreunde in Niedersachsen einzuwirken, um sie von der bereits angekündigten Kritik an der Landesregierung abzubringen“ ...

An der Weser wird gekuschelt

SPD und Grüne planen schon ein Jahr vor der Wahl Fortsetzung der Koalition

Von Oliver Pietschmann

dpa **BREMEN.** In einigen Kabinetten der Republik fliegen die Fetzen. Wenn es in Bremen zwischen den Koalitionären von SPD und Grünen mal laut wird, werden die Türen dagegen geschlossen, bevor Tacheles geredet wird. Tempo-30-Zonen, Kritik an Senatoren oder eine Obdiktionspflicht für Kinder: Zwist zwischen den Regierungspartnern an der Weser bleibt hanseatisch ruhig und sachlich. Auf der Regierungsbank wird gekuschelt, und das soll nach dem Willen von Rot-Grün auch nach der Wahl in einem Jahr (22. 5.) so bleiben. Reicht es nicht, ist an der We-

ser auch ein Bündnis mit der Linken als dritter Regierungspartei denkbar.

„Es ist unser Ziel, die Koalition fortzusetzen“, sagt der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Bremischen Bürgerschaft, Björn Tschöpe. Sein Kollege von den Grünen, Matthias Güldner, bestätigt: „Die Wahlaussage wird sein, die rot-grüne Regierungspolitik fortzusetzen.“ Und die Koalition gibt sich siegesgewiss. Die Wahl in Nordrhein-Westfalen habe gezeigt, dass auch die Sozialdemokraten nach den mageren Ergebnissen bei vergangenen Wahlen wieder im Aufwind seien, ist sich Regierungschef Jens Böhrnsen (SPD) sicher.

Eine Umfrage im Auftrag der Grünen vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gibt dem Optimismus des Regierungsbündnisses Vorschub. Zwar würden die seit Kriegsende regierenden Genossen nach einem der schlechtesten Ergebnisse 2007 noch einmal knapp zwei Prozentpunkte auf 35 Prozent verlieren. Doch würden die Grünen noch einmal zulegen und mit dann 17 Prozent die Mehrheit sichern.

Auf elf Prozent zulegen würde auch die Linke, die bei der vergangenen Wahl mit 8,5 Prozent erstmals den Einzug in ein westdeutsches Parlament schaffte. Die CDU stagniert der Umfrage zufolge

bei 25 Prozent, die FDP müsste bei fünf Prozent um den Wiedereinzug in die Bürgerschaft bangen.

Spannend wird der Urnengang in jedem Fall, denn Bremen betritt Neuland. Die knapp 500000 Wahlberechtigten können beim Kumulieren und Panaschieren fünf statt bislang zwei Stimmen abgeben. Und erstmals dürfen in einen Bundesland auch 16- und 17-Jährige ihre Kreuze am Wahltag machen. Anders als bislang können die Sieger am Abend noch nicht feiern. „Ein vorläufiges Endergebnis wird es nicht vor Mittwoch geben“, sagt Jan Morgenstern vom Büro des Landeswahlleiters.

Böses Ende eines Ausflugs: 26 junge Leute verletzt

ddp **JORK.** Bei einem Pfingstausflug sind am Sonntag in Jork (Kreis Stade) 26 Jugendliche verletzt worden. Die jungen Leute im Alter von 15 bis 19 Jahren saßen in einem von einem Traktor gezogenen Anhänger. In einem Kreisverkehr kam das Gefährt ins Schaukeln und kippte um, so die Polizei.

Zwei Jugendliche wurden schwer verletzt. Die anderen 24 Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon. Zehn von ihnen konnten nach einer ambulanten Versorgung am Unfallort nach Hause gebracht werden, die anderen kamen in die umliegenden Krankenhäuser.

Warum der Traktor mit

dem Anhänger umkippte, ist noch unklar. Offenbar fuhr der Fahrer des Gespanns zweimal durch den Kreisverkehr. Ob er dazu von den Jugendlichen animiert wurde, ist noch unklar. Alkoholisiert war der Fahrer nicht. Für die Ermittlungen wurde ein Unfallgutachter eingeschaltet.

Das Gespann gehörte zu einem Konvoi von etwa 30 Traktoren mit geschmückten Anhängern, auf denen 400 bis 500 junge Leute saßen. Sie waren auf dem Weg zum Pfingstmarkt in Neukloster. Die Veranstaltung gilt als eines der größten Pfingstfeste in Niedersachsen. Der Umzug zu dem Fest findet bereits seit vielen Jahren statt.